



Bezirk Niedersachsen
und Sachsen-Anhalt

„Zeit für mehr Solidarität“

1. Mai 2016

1. Mai-Veranstaltung des DGB
in Einbeck

Hartmut Meine,
IG Metall-Bezirksleiter
in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sperrfrist: Redebeginn

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir stehen heute am 1. Mai hier in Einbeck, um als
Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter für unsere
Interessen Flagge zu zeigen.

Es ist erfreulich, dass nach der Veröffentlichung der Panama-Papiere endlich wieder über die Kluft zwischen Armut und Reichtum in Deutschland gesprochen wird. Es geht nicht um Briefkästen, sondern um supereiche Briefkastenbesitzer, die Steuerbetrug betreiben. Jeder spürt es, die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Aber die wenigsten wissen um die tatsächlichen Ausmaße. Es ist keine Floskel, wenn wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sagen: Die Reichen werden immer reicher und die Armen haben das Nachsehen!

Es gibt hier in Einbeck mehrere Orte, an denen Arm und Reich unmittelbar aufeinander treffen.

Es gibt hier in Einbeck viele Filialen eines Unternehmens, bei dem wir alle schon einmal eingekauft haben, bei dem Normalverdiener und ärmere Leute regelmäßig einkaufen und nach Schnäppchen suchen.

Diese Filialen gehören einer der reichsten Familien Deutschlands. Die Familie Albrecht ist Besitzer von Aldi-Nord. Ihr Vermögen ist so hoch, dass es sich hier auf dem Platz sicherlich keiner vorstellen kann. Deshalb will ich es mit einem Bild veranschaulichen: Stellt euch vor, ihr stapelt 100 Euro-Scheine. Wenn ihr bei einem Zentimeter angekommen seid, sind das 10.000 Euro.

Die Höhe des Brockens entspricht 1 Milliarde Euro.
Das Vermögen von der Familie Albrecht wäre nach diesem Beispiel doppelt so hoch wie der Mount Everest: 16.000 Meter.
Denn die Albrechts besitzen über 16 Milliarden Euro. Eine unvorstellbar hohe Summe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
kann mir irgendjemand erzählen, warum die Familie Albrecht mit ihren 16 Milliarden nicht in der Lage sein sollte, Vermögenssteuer zu zahlen? Kann mir irgendjemand erklären, warum eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für die Familie Albrecht nicht verkraftbar sein sollte?

Die Kohl-Regierung und die Schröder-Regierung haben die Vermögenssteuer abgeschafft. Die Reichen massiv entlastet, während sie gleichzeitig den armen Menschen in die Tasche gefasst haben.

Ich glaube, ich spreche in aller euer Namen, wenn ich sehr deutlich in Richtung Bundesregierung fordere:
Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben werden. Wir sagen: Die reichen Menschen müssen ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es ist erfreulich, dass in der letzten Zeit offen über die Höhe der Managergehälter gesprochen wird. Die Vorstandsvorsitzenden der 30 Dax-Konzerne erhalten pro Jahr durchschnittlich 6,6 Millionen Euro.

Unterstellen wir einmal, dass die Herren pro Woche 60 Stunden arbeiten, dann haben sie einen Stundenlohn von ca. 2.000 Euro.

Nun ist es klar, dass ein Vorstandsvorsitzender eines großen Unternehmens mehr verdienen soll als ein Durchschnittsverdiener.

Ich frage allerdings: Ist es zu vertreten und akzeptabel, dass die Dax-Chefs in einer Stunde mehr verdienen als viele Einbecker im Monat?

Ich frage euch, ist es im Sinne einer solidarischen Gesellschaft, dass die rot-grüne Regierung vor wenigen Jahren die Spitzensteuersätze von 52 Prozent auf 43 Prozent gesenkt hat und die Spitzenverdiener dadurch steuerlich massiv entlastet hat?

Wir fordern gegenüber allen politischen Parteien: Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden und die Spitzensteuersätze für Top-Verdiener müssen auf 49 Prozent erhöht werden!

Der Staat braucht dringend mehr Einnahmen:

- Für den Bau und die Sanierung von Schulen und Kitas,
- für die Sanierung von Straßen und Brücken, ebenso für die Investitionen in Breitbandkabelnetze,
- für die Integration von Flüchtlingen

- für Krankenhäuser und Pflegeheime und nicht zuletzt
- für eine ordentliche Bezahlung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Durch die Vermögenssteuer oder eine Vermögensabgabe und durch die Erhöhung des Spitzensteuersatzes könnten die dringend notwendigen Geldmittel erhoben werden. Nicht nur in Griechenland, sondern auch bei uns gilt: Die Reichen müssen mehr für die Gesellschaft und den Staat bezahlen.

Gucken wir auf die andere Seite der Einkommensskala. In den letzten Jahren ist die Zahl der Niedriglöhner stark gestiegen. Wir begrüßen es, dass die CDU-SPD-Regierung endlich einen Mindestlohn eingeführt hat. Das ist ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Aber um es ganz deutlich zu sagen: Mindestlohn ist Silber, Tariflohn ist Gold! Da sind wir als Gewerkschaften gefordert. Wir müssen wieder in allen Branchen so stark werden, dass wir eigenständig gute Tariflöhne aushandeln können, um nicht auf einen gesetzlichen Mindestlohn angewiesen zu sein.

Die Arbeitgeber, die jetzt über den Mindestlohn jammern, sind selber daran schuld. Sie haben in vielen Branchen die Flächentarifverträge ausgehöhlt oder abgeschafft. Sie haben massiv auf Leiharbeit und Werkverträge gesetzt. Sie haben den Niedriglohnbereich massiv ausgeweitet.

Das dürfen wir nicht weiter zulassen. Wir müssen als Gewerkschaften selber für die Durchsetzung von Tariflöhnen arbeiten und dürfen nicht alleine an den Gesetzgeber appellieren.

Seit über 6 Jahren kümmern wir uns als IG Metall verstärkt um Leiharbeiter. Mittlerweile sind über 50.000 Leiharbeiter in der IG Metall organisiert und wir konnten akzeptable Tarifverträge für Leiharbeiter aushandeln – mit Löhnen, die deutlich höher als der Mindestlohn sind. Wir kümmern uns jetzt verstärkt um Beschäftigte mit Werkverträgen, die nicht nur in der niedersächsischen Fleischindustrie zu Niedriglöhnen arbeiten müssen. Von der Bundesregierung fordern wir endlich bessere Gesetze für Leiharbeiter und Beschäftigte mit Werkverträgen. Es muss für alle ein alter Gewerkschaftsgrundsatz gelten. Wir sagen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit. Dies gilt für Männer und Frauen, dies gilt für Leiharbeiter und Werkvertragsbeschäftigte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
euch ist allen bekannt, dass durch die Agenda 2010 der rot-grünen Regierung die Situation der Ärmsten in dieser Gesellschaft überwiegend verschlechtert wurde - insbesondere derjenigen, die nach langjähriger Tätigkeit arbeitslos werden.

Menschen, die Jahrzehnte gearbeitet haben und Jahrzehnte in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, werden im Falle der Arbeitslosigkeit nach 12 bzw. nach 18 Monaten auf das sogenannte Arbeitslosengeld II heruntergeschruppt und nur für die Älteren konnte eine Frist von 24 Monaten sichergestellt werden.

Arbeitslosengeld II heißt 399 Euro pro Monat plus Warmmiete. Wie gesagt, die Chefs der Dax-Unternehmen verdienen 2.000 Euro die Stunde. Sie verdienen in der Stunde fünfmal so viel wie Hartz-IV-Bezieher im Monat.

Kolleginnen und Kollegen,
die Festsetzung von Arbeitslosengeld II in Höhe von 399 Euro ist und bleibt ein Skandal und wir fordern als Gewerkschaften zusammen mit den Sozialverbänden eine deutliche Erhöhung der Sätze für das Arbeitslosengeld II.

Wir stellen fest, dass viele Arbeitgeber keine regulären Arbeitsverhältnisse schaffen, sondern nur befristet einstellen oder Leiharbeiter beschäftigen. Wenn jemand befristet eingestellt wird, lebt er über Monate hinweg in der Unwissenheit, ob er übernommen wird und ob er eine Perspektive hat.

Er lebt über Monate in einer Situation, in der er bei einer Bank keinen Kredit bekommt. Wenn wir als Gewerkschafter von guter Arbeit sprechen, dann meinen wir, nicht befristete Arbeit oder Leiharbeit.

Unter guter Arbeit für alle verstehen wir:

- ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu guten Tarifbedingungen,
- mit einem ordentlichen Monatseinkommen,
- mit Urlaubsgeld,
- mit Weihnachtsgeld,
- mit 30 Tagen Urlaub und
- mit 6 Wochen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Zu guter Arbeit gehört aber auch die Möglichkeit, nach einem langen Arbeitsleben gesund in Rente gehen zu können und eine auskömmliche Rente zu erhalten. Das ist unser Leitbild für eine menschliche Arbeitswelt und eine menschliche Gesellschaft. Dafür werden wir weiter streiten und kämpfen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es gibt eine tickende Zeitbombe, die bisher noch nicht spürbar ist. Das ist die radikale Senkung der Alterseinkommen und der Renten. Das Rentenniveau soll in den nächsten Jahren dramatisch abgesenkt werden. Das Leitbild der Gewerkschaften ist ein komplett anderes: Wir wollen, dass die Beschäftigten gesund in Rente gehen können und im letzten Lebensabschnitt eine auskömmliche Rente haben und einen guten Lebensabend verbringen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die schwarz-rote Regierung in Berlin hat gegen den heftigen Widerstand der Gewerkschaften die Rente mit 67 eingeführt. Wir haben es vielfach kritisiert, ich will es aber hier am 1. Mai in Einbeck noch einmal deutlich machen:

Die Berliner Politiker, die die Rente mit 67 beschlossen haben, haben keine, aber auch gar keine Ahnung von den realen Belastungen in den Betrieben.

Ein Schichtarbeiter, der im Dreischichtbetrieb am Fließband arbeitet, hält dies nicht bis zum 63. und schon gar nicht bis zum 67. Lebensjahr aus.

Das gilt genauso für viele, viele andere Beschäftigtengruppen, die unter hohen körperlichen und psychischen Belastungen arbeiten müssen. Das gilt für die Bauarbeiter, das gilt für das Pflegepersonal in Altenheimen oder Krankenhäusern oder für Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas. Das gilt für Briefträger und Beschäftigte der Müllabfuhr, die bei Wind und Wetter arbeiten müssen und für viele andere. Wir erklären hier sehr deutlich in Richtung Berlin:

Die Gewerkschaften, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, werden mit der Rente mit 67 niemals ihren Frieden machen. Wir sagen: Wir brauchen dauerhaft die Rente mit 63 und wir brauchen in allen Branchen Tarifverträge zur Altersteilzeit. Wir brauchen ein Renten-Niveau, von dem man gut leben kann.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen
in etlichen Branchen finden zurzeit die Tarifrunden statt. In der Metallindustrie, der Bauwirtschaft, in der Chemieindustrie und im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaften haben zwischen 5 - 6 Prozent je nach Branche gefordert. Die Arbeitgeber machen überall skandalöse Miniangebote. Für die Metallindustrie sieht die Sachlage so aus:

Wir als IG Metall fordern 5 Prozent mehr Geld. Die Arbeitgeber habe ein Angebot von sage und schreibe 0,9 Prozent auf den Tisch gelegt. Dies Kolleginnen und Kollegen ist das niedrigste Angebot, das Metallarbeitgeber jemals gemacht haben. Das niedrigste Angebot seit Menschengedenken oder das niedrigste Angebot seit Beginn der Aufzeichnungen. Es ist empörend, dass Arbeitgeber so etwas ernsthaft auf den Verhandlungstisch legen. Wir sind in den Verhandlungen aufgestanden und haben den Raum verlassen und seit vorgestern antworten wir mit Warnstreiks. Die Friedenspflicht endete bei uns am 28. April 2016 um 24.00 Uhr. Eine Minute nach Mitternacht haben mehrere Betriebe in Niedersachsen bereits in der Nachtschicht mit Warnstreiks begonnen. Über 100.000 sind bereits bundesweit vor die Werkstore gezogen, um für 5 Prozent mehr Geld ein Zeichen zu setzen. In Niedersachsen haben sich seit Freitag mehr als 5.000 an Warnstreiks beteiligt. Dies ist die richtige Antwort für die Arbeitgeber. Wer erst 0,9 Prozent und dann 2,1 Prozent für zwei Jahre auf den Tisch legt, muss mit Warnstreiks rechnen. Denn es ist beides das gleiche: Erst sollen die Beschäftigten mit wenig für ein Jahr abgespeist werden, jetzt mit wenig für zwei Jahre. Glauben die denn, dass wir nicht rechnen können. Das ist nicht mehr als eine Mogelpackung. Wir werden in dieser und in der nächsten Woche unsere Warnstreikwellen in Niedersachsen und bundesweit ausweiten.

In dieser Woche werden auch hier in Einbeck die Belegschaften von Renold, Dura und Gattermann in den Warnstreik treten.

In den anderen Branchen sieht es ähnlich aus. Wir kämpfen als DGB Gewerkschaften gemeinsam gegen unverschämte Arbeitgeber. Wenn wir überall Druck entwickeln, bin ich optimistisch, dass wir am Ende ein gutes Tarifergebnis erzielen werden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
ein Thema bewegt uns alle seit Monaten. Tausende von Menschen in akuter Not flüchten nach Deutschland. Aus den Bürgerkriegsgebieten in Syrien und im Irak. Sie flüchten, weil ihre Häuser und Wohnung bombardiert wurden und sie um Leib und Leben fürchten. Sie flüchten vor der Verfolgung von menschenverachtenden islamistischen Terroristen vom IS. Die Zahl der geflüchteten Menschen stellt uns alle vor große Herausforderungen und legt unbequeme Fragen auf den Tisch. Ich bin froh, dass sehr viele Menschen sich spontan dazu bereit erklärt haben, ehrenamtlich den geflüchteten Menschen zu helfen. Auf der anderen Seite bewegt viele Menschen die Sorge, ob wir diese große Herausforderung bestehen können. Sie formulieren Fragen und Sorgen. Dies müssen wir im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft debattieren. Einfache Antworten gibt es nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich bin aber entsetzt, dass eine Partei wie die AfD versucht, diese Sorgen der Menschen zu instrumentalisieren und mit ausländerfeindlichen, ja rassistischen Äußerungen die Stimmung anheizt. Mal soll der Bau von Moscheen verboten werden, dann spekulieren die Vorsitzenden der AfD über den Schusswaffengebrauch an europäischen Grenzen. Es ist erschreckend, dass die AfD bei den Landtagswahlen in drei Bundesländern zweistellige Ergebnisse erzielt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ich will etwas Unbequemes sagen: Es ist auch erschreckend, dass Untersuchungen ergeben haben, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder die AfD gewählt haben, genauso hoch ist wie in der Gesamtbevölkerung. Dies stellt uns als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vor große Herausforderungen. Es bringt überhaupt nichts, AfD-Mitglieder als Nazis zu beschimpfen. Das sind sie mehrheitlich nicht. Ich glaube wir sind gut beraten, um jedes Gewerkschaftsmitglied, das zur AfD neigt, mit Argumenten und inhaltlich zu kämpfen. Wir müssen sie gemeinsam überzeugen, dass sie auf den falschen Weg sind. Es reicht nicht, nur nach Baden-Württemberg, Rheinlandpfalz oder Sachsen-Anhalt zu gucken. Wir haben im September in Niedersachsen Kommunalwahlen. Dort müssen wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gemeinsam dafür kämpfen, dass die AfD nicht in die Stadtparlamente einzieht. Nicht hier in Einbeck und nirgendwo in Niedersachsen. Ausländerfeindliche Parteien haben in unseren Stadträten nichts zu suchen.

Unsere Werte, unsere Vorstellungen einer Gesellschaft sind diametral entgegengesetzt zu denen der AfD

Wir stehen hier als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, als Demokraten, die für eine Gesellschaftsform eintreten, die nichts aber auch gar nichts mit dem rassistischen, nationalistischen und ausländerfeindlichen Gedankengut der Nazis zu tun hat.

Wir stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für eine humane und solidarische Gesellschaft, eine Gesellschaft, die gute Arbeit und ein gutes Leben für alle ermöglicht. Eine Gesellschaft, in der wir als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen und für die Interessen der Beschäftigten streiten.

Wir stehen hier für eine Gesellschaft, um es mit dem Schriftsteller Stephan Heim zu formulieren: „In der Herz und Verstand mehr zählen als der Ellenbogen“.

Dafür stehen wir hier heute in Einbeck, dafür stehen heute tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in Deutschland und in aller Welt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke für eure Aufmerksamkeit!